

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3371

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3371



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Argumentarium zum CO₂-Gesetz vom 13. Juni 2021

Freiheit: Wir sind gegen eine Bevormundung des Einzelnen. Die überbordende, bevormundende, einschränkende und verhindernde Politik aus Bundesbern ist ein Angriff auf die persönliche Freiheit jedes Einzelnen von uns. Wir möchten den Einzelnen ins Zentrum stellen und wehren uns darum gegen dieses Lobbygesetz. Nicht die lauteste Lobby soll absahnen, sondern alle gleichmässig eingebunden werden.

Wir fordern mehr Schutz für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft. Der Bürger soll selbständig entscheiden können, für was er sein hart erarbeitetes Geld einsetzen möchte, nicht die Bundesbeamten in Bern.

Fortschritt: Wir befürworten den Fortschritt, der mit technologischen Entwicklungen eintritt. Wir möchten keine Zementierung des Status Quo, wie ihn das Gesetz vorsieht. Damit Fortschritt eintreten kann, braucht es Deregulierung, Anreize, letztlich eine innovationsfreundliche Politik. Dass Fortschritt, gerade im Umweltbereich, eben nicht von oben herab befohlen werden kann, sieht man bestätigt, wenn man die Umweltbelastung aller planwirtschaftlichen, letztlich gescheiterten Gesellschaften, betrachtet. Die Forschung an Zukunftstechnologien, die einen enormen Fortschritt im Umweltbereich versprechen, wie die Wasserstofftechnologie oder der Einsatz synthetischer Treibstoffe, ist durch Steuererleichterungen zu fördern.

Wir fordern eine Deregulierung von Forschung und Entwicklung und eine steuerliche Förderung.

Technologie: Im neuen CO₂-Gesetz werden verschiedene Technologien nicht gleich behandelt, sondern weiterhin separat reguliert, besteuert und subventioniert. Dies ist nicht nur unfair, sondern auch teuer und behindert neue Innovation, welche keine Lobby haben. Dies führt zu einer Hemmung der Innovationsfähigkeit, und letztlich zur Zementierung des Status Quo. Begrüssenswerter wäre eine Förderung von Investitionen und Innovationen in neue Technologien durch steuerliche Anreize und die Stärkung von Schweizer Forschungszentren, und sicherlich keine Technologieverbote, wie sie mit dem vorliegenden Gesetz zementiert werden. Wir stehen ein für eine Aufhebung des Verbots von Kernkraftwerken, sowie jeglicher Innovationsverbote. Aufhebung aller technologischen Verbote, denn nur durch Innovation und Fortschritt ist es möglich, Techniken zur CO₂-Minimierung zu entwickeln. Insbesondere fordern wir ein Ende Bauverbots von Kernkraftwerken. Kernenergie ist eine stabile Energie, die fast keine Treibhausgasemissionen verursacht. Weiter lehnen wir den Bau neuer Gas- oder Kohlekraftwerke konsequent ab.

Wir fordern stattdessen eine Gleichbehandlung aller Technologien via Emissionshandel.

Emissionshandel: Es ist sträflich, dass die Schweiz den Aufbau eines internationalen Emissionshandelsmarkts nicht stärker unterstützt und stattdessen auf Steuern und Verbote setzt. Dieser bietet ein liberales, bewährtes Mittel, den CO₂-Ausstoss zu limitieren, und letztlich nur dort zuzulassen, wo es ökonomisch Sinn macht. Dieses System sollte schrittweise auf alle Wirtschaftssektoren angewendet werden. Für betroffene Wirtschaftssektoren sollen Treibhausgas-Emissionen nur möglich sein, wenn eine Emissionsgenehmigung vorliegt. Der Emissionshandel soll das bisherige System aus Lenkungsabgabe und Verboten ersetzen und grundsätzlich soll auf neue Abgaben und Steuern vorderhand verzichtet werden. Im Flugverkehr ist eine Integration ins CORSIA-Emissionshandelssystem und ein Ausbau dieses Systems anzustreben. Jedoch ist eine Importsteuer zu prüfen um eine Umgehung von CO₂-Minderungsmaßnahmen zu verhindern.

Wir fordern einen massiven Ausbau des Emissionshandels.

Klimafonds: Mit dem CO₂-Gesetz soll ein neuer Subventionstopf geschaffen werden, welcher alles Mögliche subventionieren soll. Obwohl es dabei um über 1 Milliarde Franken pro Jahr geht, gibt es praktisch keine Auflagen und Regeln für die Verteilung dieses Geldes. Des Weiteren werden dem NAF (Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds) Millionen entzogen, in dem die Strafzahlungen der Autoimporteure, dessen Neuwagenflotten den vorgegebenen CO₂-Ausstoss überschreiten, neu in den Klimafonds fliessen. Bis anhin ging dieses Geld in den NAF (Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds) und war somit zweckgebunden. In Zukunft wird dieses Geld beim Bau von wichtiger Verkehrsinfrastruktur fehlen. Im Gegenzug landet das Geld nun in einem überdimensionierten, unübersichtlichen, unkontrollierbaren, durchbürokratisierten Fonds, von welchem sich die Bundesbeamten ohne Einschränkungen bedienen können, der letztlich den lautesten Lobbyisten zu Gute kommen wird. Auch ein grosser Teil der Flugticketabgabe wird diesem nur vage umrissenen Klimafonds zugutekommen.

Wir fordern steuerliche Anreize für umweltschonende Technologien.

Mineralölsteuer: Schon heute gehen über 80 Rappen pro Liter Benzin oder Diesel an den Staat. Mit dem vorliegenden Gesetz, soll der Treibstoffpreis durch eine deutliche Erhöhung der Mineralölsteuern um bis zu 12 Rappen pro Liter erhöht werden. Rechnet man dies mit allen bereits beschlossen Massnahmen zusammen, kommen auf jeden Einzelnen von uns Mehrkosten von bis zu 20 Rappen pro Liter zu. Dies betrifft insbesondere Leute, die auf das Auto als Fortbewegungsmittel angewiesen sind, also Gewerbler, Bewohner von Berg- und Randgebieten, in denen es keinen oder nur einen sehr schlecht ausgebauten öffentlichen Verkehr gibt, oder auch Familien, die Platz brauchen. Die Erhöhung der Steuer trifft also genau die, welche bereits jetzt schon knapp bei Kasse sind und schauen müssen, wie sie über die Runden kommen. Zum Vergleich: Eine komplette Kompensation des CO₂-Ausstosses mit Zertifikaten kostet gerade einmal 1 bis 3 Rp. pro Liter.

Wir fordern stattdessen eine Ausweitung des Emissionshandels auf den Verkauf von Treibstoffen.

Flugticketabgabe: Die Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass eine Flugticketabgabe keinen positiven Effekt hat. In vielen Fällen erwies sich die Abgabe sogar als kontraproduktiv, weshalb sie in einigen Fällen wieder abgeschafft wurde. Der Bundesrat stellte zudem 2017 fest, dass für die Einführung einer Flugticketabgabe, welche keine reine Lenkungsabgabe darstellt, die Verfassungsgrundlage fehlt. Deshalb lehnen wir die Einführung einer verfassungswidrigen Abgabe mit reiner Symbolwirkung entschieden ab und fordern stattdessen einen Ausbau des internationalen Emissionsreduktionssystems CORSIA mit Schweizer Beteiligung. Zudem fordern wir eine steuerliche Gleichbehandlung von Kerosin mit anderen Treibstoffen und Antriebstechnologien - sprich eine Änderung der Chicago Convention, welche eine Besteuerung von Kerosin verbietet.

Auf alle Fälle müsste eine Flugticketabgabe als tatsächliche und vollumfängliche Lenkungsabgabe, die externe Effekte internalisiert, ausgestaltet sein. Eine Finanzierung eines Subventionsfonds wird entschieden abgelehnt.

Wir fordern stattdessen einen Ausbau des internationalen Emissionsreduktionssystems CORSIA mit Schweizer Beteiligung.

Öl-Heizung: Das neue CO₂-Gesetz sieht ein de facto Verbot von Ölheizungen vor. Da wir gegen Technologieverbote sind, lehnen wir dies strikte ab. Bei Internalisierung der Kosten, und Anreizen, effizientere Modelle zu kaufen, macht es keinen Sinn, die Öl-Heizung als Ganzes zu verunmöglichen. Wir sind der Meinung, dass der Staat ermöglichen soll, nicht verunmöglichen. Es soll in der Entscheidungsgewalt des Eigentümers liegen, welchen Heizungstyp er bevorzugt und in seinem Haus einbaut. Das Gesetz sieht bereits eine massive Erhöhung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe vor, ein faktisches Verbot von Ölheizungen ist somit sinnlos und reine Bevormundung und Schikanierung.

Wir fordern stattdessen eine Ausweitung des Emissionshandels auf den Verkauf von Heizöl.

Mehr Kosten: Neueste Berechnungen des Paul-Scherrer-Instituts zeigen, dass die Energiestrategie heute pro Person und Jahr 200 bis 860 Franken kostet. Das neue CO₂-Gesetz kostet noch einmal so viel! Das Gewerbe und die gesamte Wirtschaft leiden bereits jetzt unter den Corona-Nachwehen. Es wäre unverantwortlich, ihnen neue, zusätzliche Kosten aufzuhalsen. Eine agile, fitte Wirtschaft, kann die Herausforderungen, die sich ihr stellen, viel besser angehen. Letztlich trifft es jeden einzelnen von uns, wenn die Kosten steigen. Viele Haushalte müssen bereits heute sehr auf das Geld achten, wenn ihnen nun weitere, überbordende, ausufernde Kosten aufgezwungen werden, ist das Mass erreicht.

Grundsätzlich gilt: Etablierung von Kostenwahrheit und -transparenz. Deshalb fordern wir eine effektive und effiziente Internationalisierung der externen Kosten via Emissionshandel.